



23/SVV/0680

Antrag
öffentlich

LHP als Cannabis Modellregion

<i>Einreicher:</i> Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam	<i>Datum</i> 06.07.2023
---	----------------------------

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
06.09.2023	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung
19.09.2023	Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Inklusion	Vorberatung
26.09.2023	Ausschuss für Ordnung und Sicherheit	Vorberatung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, gegenüber dem Bundesministerium für Gesundheit das Interesse der Landeshauptstadt Potsdam zu bekunden, Modellregion für die Abgabe von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften unter wissenschaftlicher Begleitung zu werden.

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales, Wohnen und Integration ist bis Dezember 2023 über die Umsetzung dieses Auftrages zu informieren.

Begründung:

Begründung:

Im April 2023 hat der Bundesgesundheitsminister die Pläne zur Legalisierung von Cannabis vorgestellt. Sie beinhalten unter anderem die lizenzierte Abgabe von Cannabis in Fachgeschäften unter wissenschaftlicher Begleitung.

Dadurch soll und kann der Cannabis-Schwarzmarkt zurückgedrängt und der Bezug von Cannabis aus dem illegalen Handel mit anderen (harten) Drogen herausgelöst werden.

Der Einstieg besonders von Jugendlichen in den Konsum stärkerer Drogen kann verhindert bzw. erschwert werden. Damit wird ein wichtiger Beitrag zum Jugendschutz geleistet.

In der Landeshauptstadt Potsdam gibt es im Zusammenwirken von Gesundheitsamt, der Universität Potsdam, der Fachhochschule und Vereinen wie dem Chill Out e.V. gute Voraussetzungen für die wissenschaftliche Begleitung und die Evaluierung eines solchen Projekts.

Die Einnahme von Gewebesteuern ist ein positiver Nebeneffekt des Projekts.

Städte wie Münster und Darmstadt sind bereits in dieser Angelegenheit initiativ geworden.

Anlagen:

1 Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am: 06.09.2023

Titel des Antrages:

LHP als Cannabis Modellregion

Drucksache Nr.: 23/SVV/0680**TOP:** Ö 7.41

Stellungnahme der Verwaltung

1. Rechtliche Einschätzung

Aus rechtlicher Sicht gibt es keine offensichtlichen Einwände, Modellregion für die Abgabe von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften unter wissenschaftlicher Begleitung zu werden.

2. Berücksichtigung im Haushaltsplan

Für die Beteiligung als Modellregion sind weder im Haushaltsplan 2023/24 noch in der Mittelfristplanung finanzielle Mittel hinterlegt.

3. Zeitliche Umsetzbarkeit

Die Stelle der Koordination der Suchtprävention im Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst ist seit 02/2023 unbesetzt. Die Besetzung dieser Stelle ist noch nicht absehbar. Die Besetzung dieser Stelle ist für eine Beteiligung der LHP als Modellregion dringend erforderlich.

4. Inhaltliche Einordnung

Die Beteiligung als Modellregion erfordert die intensive fachlich-inhaltliche Begleitung im Rahmen der Tätigkeit der Koordination der Suchtprävention im Fachbereich Öffentlicher Gesundheitsdienst. Zur Zeit sind durch den Öffentlichen Gesundheitsdienst wichtige Aufgaben wie die Umsetzung des Paktes ÖGD sowie die Digitalisierung zu bewältigen.